

meinsamkeiten der westeuropäischen transnationalen und staatlichen Akteure höher zu veranschlagen sind (wie Riordan Roett es tut) als ihre Differenzen, ist zumindest fraglich. Gerade in Konfliktsituationen wie in Zentralamerika ist die Übereinstimmung etwa der europäischen Christdemokratie mit dem US-amerikanischen Konservatismus augenfälliger als ihre Gemeinsamkeiten mit der europäischen Sozialdemokratie. Ähnliches ließe sich, wie die jüngsten Auseinandersetzungen um eine europäische Zentralamerika-Politik zeigen, auch im Hinblick auf die Übereinstimmungen und Differenzen christ- bzw. sozialdemokratisch regierter Staaten sagen.

Die Beiträge des Sammelbandes wurden leider nicht aktualisiert. So spiegeln sie weitgehend den Diskussionsstand des Jahres 1982 wider. Die Konflikte, auf die vornehmlich Bezug genommen wird, sind der Falkland-Malwinen-Krieg und die Lage in Zentralamerika vor der Gründung der Contadora-Gruppe. Die Verschuldungsproblematik wird zwar von Rosario Green kompetent behandelt, aber gerade in diesem Zusammenhang traten nach 1982 Entwicklungen ein, die für die Beziehungen zwischen den drei Bestandteilen des »atlantischen Dreiecks« bestimmend sind. Ebenso wird eine der wichtigsten Entwicklungen Lateinamerikas der letzten Jahrzehnte, die Redemokratisierung Argentiniens und Brasiliens, nicht angesprochen. Das den meisten Beiträgen zugrundeliegende »Paradigma« für lateinamerikanische Staaten sind die Militärdiktaturen der 70er Jahre, die um eine gewisse außenpolitische Unabhängigkeit von den USA bestrebt waren. Die internationale Situation im Jahre 1985 dürfte auch neue Fragestellungen für die europäisch-US-lateinamerikanischen Beziehungen aufwerfen.

Der Sammelband vereinigt eine Reihe kenntnisreicher Detailanalysen. Die Frage ist, ob diese dem ebenso anspruchsvollen wie historisch belasteten Titel »Ein atlantisches Dreieck« untergeordnet werden mußten. Auf die im Titel gestellte Frage gibt der Band keine Antwort, sondern bietet eher ein Mosaik von Details, die für sich genommen meist der Kenntnisnahme wert sind, aus denen sich aber noch kein Bild herauskristallisiert.

Michael Ehrke

Manfred Wöhlcke

Brasilien 1983: Ambivalenzen seiner politischen und wirtschaftlichen Orientierung

Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden 1983, 121 S., DM 17,—

Manfred Wöhlcke

Brasilien 1985: Voraussetzungen und Chancen für Stabilität, Entwicklung und Emanzipation nach dem Ende der Militärherrschaft

Stiftung Wissenschaft u. Politik, Ebenhausen, 1985, 143 S. (kostenloser Bezug)

Der Autor beschäftigte sich in seiner Studie über Brasilien 1983 mit dem Verlauf der politischen Öffnung Brasiliens bis zur Neuordnung der Parteienlandschaft, den Gründen für die politische Öffnung mit gleichzeitiger Entmilitarisierung des Systems und den

Kräfteverhältnissen als Ergebnis der Wahlen vom 15. 11. 1982 innerhalb der innenpolitischen Entwicklung Brasiliens.

Der Prozeß der politischen Öffnung Brasiliens ist geprägt durch seine Widersprüchlichkeit, die sich durch die gesamte Periode der Militärherrschaft (1964–1985) zieht, wenn man einmal von der »harten Linie« der Regierung Médici (1969–1974) absieht.

Diese Öffnungspolitik fiel mit einer tiefgreifenden sozio-ökonomischen Krise zusammen, wodurch der Prozeß der politischen Öffnung im ewigen Hin und Her zwischen Eigeninitiativen, Zugeständnissen und wiederholten diktatorischen Eingriffen ablief und der erste in seiner Gesamtbilanz als eine Bewegung in Richtung auf »mehr Demokratie« erkennbar wird.

Die im Frühjahr 1980 durchgeführte Parteienreform und die Wahlen vom 15. 11. 1982 und die Präsidentenwahl im Jahr 1985 waren die letzten Schritte der Militärregierung in Richtung »Demokratie«, obwohl man für die Wahlen vom 15. 11. 1982 im November 1981 noch ein »passendes« Wahlgesetz erlassen hatte, das für die Wahl des nächsten Präsidenten eine manipulierte Mehrheit zugunsten der Regierungspartei vorsah. Knapp 60 Mio. Bürger waren 1982 aufgerufen, die Gemeindebehörden, die legislativen Vertretungen der Bundesstaaten, die Gouverneure der Bundesstaaten, den Kongreß und einen Teil des Senates zu wählen. Die Oppositionsparteien gewannen rund 60 % der Stimmen gegenüber rund 40 % der Regierungspartei PDS, was einen faktischen Sieg für die Regierung und einen moralischen Sieg für die Opposition bedeutete, der dann die Kontinuität des Militärregimes bei den Präsidentschaftswahlen von 1985 unterbrach.

Die PDS hatte nach der Wahl vom November 1982 nach wie vor eine Mehrheit im Senat und vor allem im Kollegium für die Wahl des neuen Präsidenten; der Kongreß war gegenüber der Exekutive schwach, und die Opposition war nicht in der Lage im Kongreß eine Zweidrittel-Mehrheit für Verfassungsänderungen zustande zu bringen.

Der Autor geht in seiner Studie von 1983 davon aus, daß trotz einer gewissen Machteinbuße als Folge der Wahlen vom November 1982 die Kontinuität des Regimes weiterhin gesichert ist, da die Opposition kaum eine effektive Machtkontrolle ausüben kann. Er folgerte jedoch aus der verstärkten demokratischen Partizipation und der besseren Transparenz der politischen Vorgänge, daß bei der Präsidentschaftswahl 1985 ein ziviler Kandidat präsentiert und gewählt wird. Erstaunlich ist, daß der Autor schon 1983 als möglichen Präsidenten Tancredo Neves nennt, was auf ein tiefes Verständnis der brasilianischen politischen und sozio-ökonomischen Verhältnisse schließen läßt.

Die brasilianische Wirtschaft befindet sich seit 1979 in einer schweren Krise, die auf verschiedenen strukturellen, konjunkturellen und wirtschaftspolitischen Ursachen beruht. Nach dem brasilianischen Wirtschaftswunder der Jahre 1968 bis 1973 folgte die »Krise des Wunders«, welche Brasilien schließlich zwang, sich an den IWF zu wenden, was in der brasilianischen Öffentlichkeit als ein wahrer Gang nach Canossa empfunden wurde. Auch der Ausblick auf die Zukunft ist wenig ermutigend, da im Internen kaum Maßnahmen, die eine bessere Abstimmung des Wirtschaftsprozesses auf die Bedürfnisse der breiten Masse der Bevölkerung ermöglichen, getroffen werden. Als weitere interne Faktoren sind zu nennen: Die Überbürokratisierung der staatlichen Verwaltung, der zu star-

ke Einfluß des Staates auf die Wirtschaft, das wirtschaftlich unangemessene Subventionssystem mit einer einseitigen Bevorzugung des Export- und Energiesektors, die für kleine und mittlere Unternehmen ruinöse Zinspolitik, die übermäßige Verschuldung der öffentlichen Hand im Zusammenhang mit der Unwirtschaftlichkeit der großen Staatsunternehmen, die Inflationspolitik, die Verschuldungspolitik gegenüber dem Ausland sowie die kurz- und mittelfristig unrentablen, überdimensionierten Großprojekte (z. B. Wasserkraftwerke, Kernkraftwerke, Bergbauprojekt Carajás) sowie die verbreitete Korruption.

Die belastenden externen Faktoren sind im Rahmen der Nord-/Süddiskussion vorgebracht worden, die sich insbesondere darauf beziehen, daß die mineralischen und agrarischen Exportprodukte der Länder der Dritten Welt auf dem Weltmarkt mit wenigen Ausnahmen (z. B. Erdöl) unterbewertet sind und keine stabilen und kalkulierbaren Preise erzielen, die brasilianischen industriellen und halbindustriellen Exportprodukte schwer Zugang zu den Märkten der Industrienationen finden, die multinationalen Unternehmen sich zu wenig den nationalen Entwicklungserfordernissen unterordnen und die externe Verschuldung rapide zunimmt.

Brasilien traf, nachdem es sehr stark erdölimportabhängig ist, nicht nur den »Öl-Schock«, sondern auch der »Zins-Schock« (17 bis 25%ige Zinsen in den USA ab 1977) sowie der »Mexico-Schock« (Herbst 1982), d. h. die internationalen Finanzinstitutionen wurden vorsichtiger und erschwerten die Kreditaufnahme. Die Wirtschaftspolitik Brasiliens wird sich in der Zukunft mehr auf Wirtschaftsnationalismus und Sozialreformismus korrigieren, wobei diese Politik mit vielen Argumenten befürwortet wird, man jedoch hinsichtlich der Realisierung skeptisch bleiben muß.

Die brasilianische Außenpolitik war immer stark vom Pragmatismus geprägt. Sie wandelte sich von einer »Politik der ideologischen Grenzen« zum »ideologischen und politischen Pluralismus«. Brasilien demonstriert einen zunehmend selbständigen und pragmatischen bzw. opportunistischen außenpolitischen Kurs und verfolgt insbesondere seine wirtschaftspolitischen Interessen parallel zu einer noch stärkeren Betonung der außenpolitischen Selbständigkeit gegenüber den USA und eine noch offensivere Diversifizierung der außenpolitischen Beziehungen gegenüber Westeuropa, Japan und den sozialistischen Ländern, wobei hier schon in der Studie von 1983 die mögliche Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Kuba als sehr wahrscheinlich hingestellt wird.

Der Autor bringt seine »1983er« Studie auf eine kurze Formel: »Brasilien bleibt für absehbare Zeit auf einem ambivalenten Kurs zwischen Entwicklung und Unterentwicklung, Demokratie und Autoritarismus, Emanzipation und Abhängigkeit.«

Die 1985er Studie baut auf der 1983er Studie auf, aus der einzelne Passagen in gekürzter und aktualisierter Form übernommen wurden.

Die Fortschreibung der 1983er Studie bot sich an, weil die politische Entwicklung zum damaligen Zeitpunkt noch sehr unübersichtlich war und in sehr unterschiedliche Richtung laufen konnte; nachdem nunmehr mit unerwarteter Überraschung Brasilien einen ersten zivilen Präsidenten seit Beginn der Militärherrschaft im Jahre 1964 hat und die Parteienlandschaft sich außerordentlich stark veränderte, stellten sich viele Fragen, deren

Analyse und Beantwortung zwangsläufig zu einer Fortführung der 1983er Studie führen.

Der Prozeß der politischen Öffnung endete in einem Teilabschnitt mit dem Ende der Militärherrschaft und der Machtübernahme durch die Opposition anlässlich der Präsidentschaftswahl vom 15. 1. 1985, durch die Tancredo Neves zum neuen Präsidenten Brasiliens gewählt wurde. Trotz der Manipulation durch das Parteiengesetz vom November 1981 konnte die Regierungspartei ihren zivilen Präsidentschaftskandidaten nicht durchsetzen. Auch diese Wahl wurde durch ein Wahlmännerkollegium indirekt durchgeführt, obwohl im Vorfeld der Wahlen die Opposition in dramatischen Aktionen die direkte Wahl forderte, sich schließlich jedoch mit der indirekten Wahl zufriedengab.

Die Präsidentschaftswahl erwies sich als ein triumphaler Erfolg des Oppositionskandidaten Tancredo Neves, der sich mit 480 Stimmen gegen den Präsidentschaftskandidaten der Regierungspartei Maluf (180 Stimmen) durchsetzte, obwohl die Regierungspartei mit 385 Delegierten im Wahlmännerkollegium vertreten war und zunächst sogar noch hoffen konnte, Stimmen von den kleineren Oppositionsparteien zu gewinnen.

Der 74-jährige Tancredo Neves paßte in keines der herkömmlichen politischen Schemata. Er stand immer im Schatten großer charismatischer Figuren, gelangte aber aufgrund seiner persönlichen Verlässlichkeit, seinen taktischen Fähigkeiten und seines Gespürs für politische Realitäten in hohe Regierungsämter. Man erwartet von ihm, daß er als Präsident ein kluger und flexibler Reformist der kleinen Schritte sein würde, ohne die Risiken der sog. »großen Reformlösung« einzugehen.

Am Vortage seiner Amtseinführung (15. 3. 1985) wurde Tancredo Neves in ein Krankenhaus eingeliefert. Er verstarb Mitte April in der Herzklinik von São Paulo. Somit mußte nach einem schwierigen Entscheidungsprozeß José Sarney als designierter Vizepräsident formal die Amtsgeschäfte übernehmen. Dem 54-jährigen Sarney, der sich nicht nur als Politiker, sondern auch als Journalist und vor allem als Dichter einen Namen gemacht hatte, wuchs auf diese Weise eine Verantwortung zu, die er weder angestrebt hat noch aus eigener Kraft hätte übernehmen können, weil er hierfür weder die geeignete politische Basis noch die ausreichende »politische Statur« hatte.

Der Autor führt an, daß es nicht ohne Ironie sei, daß es der Opposition gegen das Militärregime gelungen ist, ihren Kandidaten im Zuge des Redemokratisierungsprozesses durchzusetzen, daß die Macht aber letztlich einem Politiker zufiel, der eine prominente Rolle während der Militärherrschaft nach 1964 gespielt hat und sich erst im Sommer 1984 aus der damaligen Regierungspartei, deren Vorsitzender er war, gelöst hat. Die wichtigste Aufgabe Sarney's wird sein, den Redemokratisierungsprozeß im formalen Sinne abzuschließen, wobei die Hypothek der Erbmasse der vorhergehenden Militärregierungen wohl Zweifel an der schnellen Durchsetzung dieses Redemokratisierungsprozesses aufkommen läßt.

Vieles deutet darauf hin, daß sich allmählich ein klassisches »Vier-Parteien-System« herausbilden wird, innerhalb dessen es für eine Politik der linken Mitte eine solide Mehrheit gibt, wobei es die Oppositionen von rechts (Regierungspartei) und links geben wird. Die 1985er Studie führt praktisch den Gedankengang der 1983er Studie fort und geht

noch einmal auf die Probleme der Hyperinflation und der Überschuldung sowie auf die Konfrontation mit einem großen sozialen wirtschaftlichen Nachholbedarf ein, der die ohnehin prekäre Wirtschaftslage zusätzlich belasten wird.

Der Autor bezweifelt, daß eine mittelfristige Überwindung dieser Krise möglich ist, während er in den Raum stellt, daß die wirtschaftliche Erholung in einzelnen Sektoren nicht auszuschließen ist. Die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der nächsten Jahre deuten auf einen Kompromiß zwischen Liberalismus, Sozialreformismus und Nationalsozialismus hin, wobei folgende Zielsetzungen Priorität haben:

1. Restrukturierung der Auslandsverschuldung im Sinne der mexikanischen Schuldenlösung (mehrjährige Umschuldungsfrist, günstige Karrenzbedingungen, Reduktion der »spreads«).
2. Weitere Dynamisierung des Exportsektors und Bejahung einer verstärkten außenwirtschaftlichen Aggressivität.
3. Förderung der einheimischen Wirtschaft gegenüber ausländischen Unternehmen.
4. Begrenzung des staatlichen Einflusses in der Wirtschaft und Förderung der privatwirtschaftlichen Initiative.
5. Bekämpfung der Inflation bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung eines stabilen Wachstums.
6. Sanierung der öffentlichen Finanzen.
7. Durchführung einer Steuerreform im Sinne einer Einebnung von regionaler und sozialer Assymetrien sowie einer Stärkung dezentraler Strukturen auf föderaler und kommunaler Ebene.
8. Reform und Dynamisierung der Landwirtschaft sowohl im Agrarexportsektor wie auch in der binnenmarktorientierten Nahrungsmittelproduktion.
9. Bevorzugte Förderung der Entwicklung des Nordostens.
10. Lohnerhöhungen und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

An der Realisierung dieser Punkte verzweifelte schon der im August 1985 zurückgetretene Finanzminister Dornelles (Neffe von Tancredo Neves). Sein Nachfolger, Dilson Funaro, gilt kompromißbereiter als der technokrate Vertreter einer an den IWF-Auflagen orientierten Autoritätspolitik Dornelles. Vielleicht gelingt es Funaro, die »Quadratur des Kreises« zu lösen (Wachstum, Arbeitsbeschaffung, Inflationssenkung, Austerität).

Im sozialen Bereich sehen die langfristigen Prognosen für Brasilien wesentlich schlimmer aus als die kurzfristigen. Der Autor zieht hier ein düsteres Bild und er stellt nicht die Frage, ob es den unteren Schichten »heute etwas besser geht als früher«, sondern die Frage, wie diese Schichten überhaupt überleben werden. Er sieht neben dem sozialen, ökonomischen und ökologischen katastrophalen Zustand des Landes auch einen Verfall der Alltagskultur: Man beobachtet gesellschaftliche Marginalisierungs- und Desintegrationsprozesse auf breiter Front als Folge von massenhafter sozialer und kultureller Entwurzelung und Entfremdung. Es entsteht zunehmend ein Klima von Rücksichtslosigkeit, Gleichgültigkeit, Verantwortungslosigkeit, Korruption und Gewalt. Moralische Werte verkümmern zusehends zu deklamatorischen Formeln. Autorität basiert immer mehr

auf politischer und wirtschaftlicher Macht und immer weniger auf intellektueller Kompetenz und moralischer Integrität und trotz des »progressiven« Programmes der Regierung wird eine Überwindung der absoluten Armut, eine »gerechte« Einkommensverteilung, eine soziokulturelle Erneuerung, eine Egalisierung der Chancen, ein wirksamer Schutz der natürlichen Umwelt auf folgende Hindernisse stoßen:

1. Rücksichten auf die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft und die Zahlungsfähigkeit gegenüber dem Ausland;
2. Widerstände starker Interessengruppen;
3. Unzureichende finanzielle und personelle Ausstattung der öffentlichen Verwaltung;
4. Eingefahrene Tradition und überkommene Formen »struktureller Gewalt«;
5. Latente Veto-Funktion des Militärs.

Die Perspektiven für die Außenpolitik Brasiliens haben sich seit der 1983er Studie nicht verändert. Die Chancen, daß Brasilien zu einer führenden Weltmacht aufsteigt, werden wohl auf absehbare Zeit gering bleiben. Aufgrund der pragmatischen Ausrichtung wird wohl Brasilien die großen Entscheidungen der Weltpolitik nur sehr marginal beeinflussen; es wird aber sehr wohl in der Lage sein, sich den hegemonialen Ansprüchen der Weltmächte effektiv zu widersetzen, wobei es seine partikulären Interessen zunehmend selbstbewußt, konfliktbejahend und opportunistisch vertreten wird.

Die beiden Studien beschreiben plastisch den Redemokratisierungsprozeß Brasiliens und arbeiten innerhalb einer indisziplinären Betrachtungsweise die Einbindung der rein politischen Vorgänge in den breiteren sozio-ökonomischen Prozeß gekonnt heraus. Auch werden die strukturellen Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik interessant und aussagekräftig dargestellt und eine wohl als realistisch zu bezeichnende pessimistische Beurteilung der mittelfristigen Realisierung abgegeben. Die Ausführungen über die Wirtschafts- und Außenpolitik der 1985er vertiefen zwar die Gedanken der Studie von 1983, wiederholen jedoch die 1983 gefundenen Erkenntnisse zu stark.

Michael Hahn

Lilli Löbsack-Füllgraf

Verfassung und Alltag. Verfassung, Menschenrechte und Verfassungswirklichkeit in Brasilien

Schriften der Friedrich-Naumann-Stiftung, Entwicklungspolitische Texte, Liberal-Verlag, Sankt Augustin 1985, 426 S., DM 12,—

Gut ein Jahr ist es her, daß das größte und volkreichste Land Lateinamerikas, die Bundesrepublik Brasilien, wieder von einem zivilen Präsidenten regiert wird. Doch die sog. »Nova Republica« (Neue Republik) trägt schwer an dem Erbe der 21-jährigen Militärherrschaft. Mißwirtschaft, Korruption und eine gigantische Auslandsverschuldung haben das einstige Wirtschaftswunderland in eine bedrückende wirtschaftliche und soziale